



Projektland: Bolivien

**Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010**

Schlagzeilen

1. Spannungen zwischen Kirche und Regierung
2. Schlechte Zeiten für Bürgermeister der Opposition
3. Plurinationale Versammlung verabschiedet umstrittene Gesetze
4. Gouverneur von Tarija abgesetzt
5. Beschwerliche Diplomatie
6. Begrenztes Wirtschaftswachstum
7. Mangel an Nahrungsmitteln
8. US-Dollar fällt zugunsten des Boliviano
9. Erhöhung der Kraftstoffpreise: Konflikt um „gasolinazo“

Politische Entwicklung

Innenpolitik

1. Nach fünfjährigen ständigen Differenzen erreichten die Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche und dem Staat eines der schwierigsten Momente. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Erklärung aus der 90. Ordentlichen Sitzung der Bischofskonferenz Boliviens, bei der die Kirche ihre Sorge um die Durchführung der neuen Staatsverfassung zum Ausdruck brachte. Den kirchlichen Behörden zufolge sind die „Ziele nicht deutlich und transparent, und scheinen manchmal andere Absichten zu verbergen. Dieses aufgrund eines fehlenden ehrlichen Dialogs, weil die Forderungen und die Meinung der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden, aufgrund einer Sprache, die nur Zwietracht unter den Regionen und unter den verschiedenen Sektoren schürt, weil die andersdenkende Personen oder Bereiche ausgeschlossen werden, wobei sogar unveräußerliche Rechte wie die Menschenwürde und das Recht auf Leben, die Freiheit des Einzelnen und der Demokratie zertreten werden“: Die Antwort war kategorisch! Die Kirche wurde vom Innenminister Sacha Lorenti des Antifeminismus bezichtigt, sie wurde als antidemokratisch, übersättigt, reaktionär angezeigt. Die Beschwerde der Kirche über das Wachstum des Rauschgifthandels im Land, sorgte für noch mehr Kontroverse. Der Erzbischof von Cochabamba, Monsignore **Tito Solari** wurde sogar als „persona

non grata“ bezeichnet, und die Kokaanbauer baten darum, ihn des Landes zu verweisen, nachdem dieser bekannt gab, dass einige minderjährige im Chapare mit Drogen handeln. Die Polemik wurde angeheizt, nachdem die Regierung sich entschloss, die Abkommen mit der katholischen Kirche zu ändern, um ihr das Privileg der Steuerbefreiung zu entziehen und ihre Einnahmen zu kontrollieren.

2. Trotz der sozialen Bewegungen und Demonstrationen zu Gunsten der ehemaligen Bürgermeister von Potosi, **Rene Joaquino**, und von Sucre, **Jaime Barron** mussten die beiden oppositionellen Bürgermeister per Gerichtsentscheid von ihren Ämtern suspendiert werden. Joaquino, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen auch Kandidat gewesen war, wurde zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Die Anklage lautete auf „wirtschaftsfeindliches Verhalten und Pflichtverletzung“, weil er 2006 für seine Gemeinde gebrauchte Fahrzeuge gekauft hatte. Jaime Barron war am 15. November im Gefängnis von San Roque in Untersuchungshaft genommen worden. Ihm warf man eine Verwicklung in den Vorkommnissen des 24. Mai 2008 vor, bei denen einige Bauern von aufgebracht Jugendlichen erniedrigt und beleidigt worden waren. Die Festnahme von Barron geschah ungeachtet der Protestkundgebungen seiner Anhänger. Der Richter **Ricardo Maldonado** verhängte ein Ausreiseverbot für **Luis Revilla**, Bürgermeister von La Paz, von der Staatsanwalt der Urkundenfälschung, Amtspflichtverletzung und Unterschlagung öffentlicher Gelder beschuldigt. Der Bürgermeister hat die gerichtliche Entscheidung als politisch motiviert bezeichnet.

3. Die Kontroverse zwischen politischer Macht und den Medien erreichte einen Höhepunkt, als im Oktober das Gesetz gegen Rassismus und jede Art der Diskriminierung verabschiedet wurde, obwohl ein paar Monate zuvor die Ablehnungskampagne das ganze Land erreicht hatte. Artikel 16 und 23, die die Schließung der Medien und Sanktionen gegen Journalisten vorsehen, waren der Zündstoff einer Reihe von Protestkundgebungen der Journalisten und Medieneigentümer. Obwohl diese Protestkundgebungen hohe Unterstützung der Bevölkerung fanden, hatten sie keinen Einfluss auf das Parlament. Trotz der Kritik einiger Arbeiterorganisationen verabschiedete die Abgeordnetenkammer den Entwurf des neuen Rentengesetzes, welcher von der Regierung zusammen mit der Arbeiterzentrale Boliviens COB erarbeitet wurde. Das Gesetz enthält Neuigkeiten wie die Reduzierung des Renteneintrittsalters von 65 auf 58 Jahren, der Arbeitgeberanteil von 3 % wird wieder eingeführt, die privaten Rentenfonds AFPs werden abgeschafft, und ein einziger staatlicher Fonds wird eingerichtet, der die Renten verwalten soll. Außerdem wird ein Solidaritätsfonds für Arbeiter mit niedrigem Einkommen und Selbständige eingerichtet. Unternehmen, die ihre Arbeitnehmerbeiträge nicht vollständig eingezahlt haben, werden geschlossen. Im letzten Quartal 2010 hat die Gesetzgebende Versammlung wichtige Sozialgesetze verabschiedet, darunter auch das Bildungsgesetz von E. Morales. Das Gesetz ist als ein „dekolonisierendes und befreiendes Instrument“ gedacht. Verschiedene Sektoren stellen seine ideologische Natur in Frage.

4. Am 20. Dezember sah sich der Gouverneur von Tarija, **Mario Cossio**, gezwungen, das Land zu verlassen, da er keine Garantie auf eine gerechte Gerichtsverhandlung sehe, und weil er, so Cossio, jede Zeit festgenommen werden könnte. Er erklärte weiter, dass er keine Möglichkeit sehe, nach Bolivien zurückzukehren, solange die Bedingungen für eine unparteiische Gerichtsverhandlung nicht gegeben sind. Cossio wurde am 16. Dezember aufgrund einer Anklageerhebung gegen ihn des Amtes enthoben. Er betont seine Unschuld. Der ehemalige Präfekt von Tarija (2006 bis 2009) hatte am 4. April dieses Jahres die erstmaligen Gouverneurswahlen der Provinz Tarija gewonnen.



Außenpolitik

5. **Evo Morales** hatte nicht nur mit den USA harte diplomatische Konflikte, sondern auch mit Peru, Kolumbien und mit dem Vatikan. Chile bleibt sicherlich eine Ausnahme bei den verbalen Angriffen von Morales gegen verbündete Ländern der Vereinigten Staaten von Amerika. Obwohl Chile eine radikale Veränderung seiner Politik angeht, hat jedoch Morales Interesse, an der Agenda weiter zu arbeiten. Er muss ein endgültiges, bilaterales Abkommen erreichen, das Bolivien den Zugang zum Meer verschafft. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Iran im Oktober beinhaltete die mögliche Erzeugung von Nuklearenergie für friedliche Zwecke.

Wirtschaftliche Entwicklung

6. Die Wirtschaftsentwicklung hat weiterhin Wachstumsraten verzeichnet, obwohl diese weit niedriger sind, als erwartet. Das BIP wuchs im Jahr 2010 nur um 3,7 %, was im Vergleich zu den Nachbarländern, die Wachstumsraten von mehr als 5% verzeichnen konnten, zu wenig ist. Die Wirtschaft hätte ein höheres Wachstum verzeichnen können, wenn neutralere Maßnahmen gegenüber dem Agrarsektor ergriffen worden wären. Wenn auf dem internationalen Markt die Lebensmittelkosten steigen, so erwartet man, dass die lokalen Erzeugnisse höhere Gewinne einfahren können. Da Bolivien jedoch nicht seine gesamten Erzeugnisse exportieren kann, weil zunächst die Inlandsnachfrage zu niedrigeren Preisen gedeckt werden soll, wird die Produktion entmutigt. Die Entscheidung der Regierung hat zwar noble Ziele, wie zum Beispiel die Reduzierung der Inflation, doch das Heilmittel ist am Ende doch kontraproduktiv: die Wirtschaft wird gebremst, und die Regierung sieht sich in der Notwendigkeit, die Lebensmittel zu subventionieren und zu importieren, um die Nachfrage der Konsumenten decken zu können.
7. Einige Lebensmittel aus dem Warenkorb fielen knapp aus, andere wiederum haben ihre Preise erhöht. Angesichts der Preiserhöhung gingen verschiedene Sektoren wie Lehrer, Fabrikarbeiter und Hausfrauen auf die Straßen mit Protestkundgebungen in La Paz, Cochabamba und Santa Cruz.



8. Als die Bolivianische Zentralbank den Wertabfall der US-Dollar Währung bekannt gab, um die Kaufkraft des Boliviano aufrechtzuerhalten, sorgte dies für Nervosität in der Wirtschaftswelt. Damit sollte der Inflation entgegengewirkt werden. Die genannte Maßnahme sorgte auch für Unruhe im Industriesektor. Der Vorsitzende der Kammer für Industrie, **Mario Yaffar**, erklärte, dass, wenn die Regierung weiterhin ständig an der Anpassung festhielte, die höhere Einfuhr von Gütern erlaubt und der Export entmutigt würde. Wirtschaftsanalytiker meinen, dass offensichtlich versucht wird, die Inflation zu unterdrücken.
9. Die Regierung von Präsident Evo Morales sorgte für große Überraschung, als am 26. Dezember die Treibstoffpreise von 50 bis zu 80% erhöhet wurden. Dies wurde angeblich mit dem Ziel durchgeführt, die Subvention der Kraftstoffpreise abzuschaffen und die internationalen Preise auszugleichen. Nach fünf äußerst unruhigen und chaotischen Tagen nahm Präsident Morales das „Decreto Supremo del gasolinazo“ zurück, indem er behauptete, „regieren sei so viel, wie der Stimme des Volkes zuzuhören“. Er musste diese Entscheidung treffen, weil die Protestkundgebungen ihm eine deutliche Botschaft verpassten. Die Bevolkung, die ihn Ende 2009 mit mehr als 64% der Stimmen gewählt hatte, war enttäuscht, weil sie die uberheblichkeit und fehlende Sensibilität der Regierungsbehörden erlebte. Ihnen zu Folge hätte sowohl in Krisen wie auch in Zeiten des Wohlstandes das Volk die Fehler und Misserfolge der Regierungspolitik zu tragen. In diesem Fall waren die Treibstoffe und der Kampf gegen den Schmuggel gemeint. Während den wenigen Tagen der Ausdauer der Maßnahmen standen die Leute auf den Straßen Schlange. Die Transportarbeiter erhöheten die Transportpreise um 100 %, das Brot kostete fast das Doppelte, und die Preise auf den Märkten stiegen in Schwindel erregende Höhen. Die Leute machten sich auf die Straßen, um mit leeren Kochtopfen zu protestieren! Die Medien begannen, Evo Morales mit dem ehemaligen Präsidenten **Sanchez de Lozada** zu vergleichen, der aufgrund von Protesten der Bevolkung regelrecht aus seinem Amt fliehen musste. Es wurde an die harten Zeiten der Hyperinflation der 80er Jahren erinnert. Die Ereignisse vom 31. Dezember hinterlassen eine deutliche Botschaft an den Präsidenten: dessen Legitimität erteile keine Blankovollmacht für die Durchsetzung solch unpopularer Maßnahmen dieser Größenordnung.



Wirtschaftsanalysten konnten bemerken, dass der Grund für den „Gasolinazo“ tatsächlich in einem riesigen Haushaltsdefizit zu finden sei, sowie in der dringenden Notwendigkeit, wettbewerbsfähige Preise für die Treibstoffe zu erreichen, die in der Lage sind, private Investition für die Erdölindustrie anzulocken.



HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: ARIEL BENAVIDES, STV. PROJEKTLEITER
REDAKTION: DR. MARIELLA FRANZ, PROJEKTLEITERIN
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 31. DEZEMBER 2010